

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

18. WP - 27. Sitzung

am Donnerstag, dem 31. Oktober 2013, 14 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

i. V. v. Kai Vogel

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Sven Krumbeck (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Tätigkeitsbericht 2013 des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
<a href="#"><u>Drucksache 18/555</u></a>	
<b>2. Detektoren an Schulen untersagen</b>	<b>6</b>
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#"><u>Drucksache 18/625</u></a>	
<b>Elektronische Schummerei bei Abschlussprüfungen unterbinden</b>	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU <a href="#"><u>Drucksache 18/645</u></a>	
<b>3. a) Stellungnahme der Bildungsministerin zum Bericht des Schleswig-Holstein Magazins vom 1. Oktober 2013 „Lehrer-Zeitverträge: Arbeitslos in die Ferien“</b>	<b>8</b>
Anträge der Fraktionen von FDP, PIRATEN und CDU <a href="#"><u>Umdrucke 18/1806, 18/1807, 18/1842</u></a>	
<b>b) Vorstellung der Planungen im Ministerium, Planstellen vorsorglich zu vergeben, um Engpässen vorzubeugen</b>	
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#"><u>Umdruck 18/1807</u></a>	
<b>4. a) Lehrersituation und Lehrerbedarfsprognose für Schleswig-Holstein</b>	<b>10</b>
Antwort der Landesregierung <a href="#"><u>Drucksache 18/1123</u></a>	
<b>b) Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2012/13</b>	
Bericht der Landesregierung <a href="#"><u>Drucksache 18/1023</u></a>	
<b>5. a) Verbesserte Erfassung des Unterrichtsausfalls - mehr Transparenz und Effizienz</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#"><u>Drucksache 18/278</u></a>	

**b) Strategie zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/305](#)

- 6. Bericht der Bildungsministerin zur Umfrage des Landeselternbeirats und der Landesschülervertretung der Gymnasien zu den Belastungen in G 8 und G 9** 12

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Umdruck 18/1821](#)

- 7. Blockadepolitik im Bundesrat beenden** 15

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1044](#)

- 8. Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern** 16

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1145](#)

- 9. Bericht der Bildungsministerin zur Neustrukturierung der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein** 17

Berichts Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1842](#)

- 10. Bericht des Kulturministeriums über die aktuellen Planungen der Landesregierung zur Zukunft des Denkmalschutzes in Schleswig-Holstein** 18

Berichts Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/1830](#)

- 11. Bericht des Kulturministeriums zum immateriellen Weltkulturerbe** 19

- 12. Verschiedenes** 20

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Tätigkeitsbericht 2013 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein**

#### [Drucksache 18/555](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** sowie alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

hierzu: Stellungnahme der Landesregierung

#### [Umdruck 18/1469](#)

Herr Dr. Weichert, Leiter des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein, führt in Textziffer 4.7 des Tätigkeitsberichts - Wissenschaft und Bildung - ein. Facebook dürfe für die dienstliche/schulische Kommunikation nicht genutzt werden, weil die Vertraulichkeit der Kommunikation nicht gewährleistet sei. Mit der Landeshauptstadt Kiel diskutiere man über den Einsatz eines Bildungsnetzwerks, das eine datenschutzkonforme Kommunikation aller an Schule Beteiligten ermögliche. Zum Einsatz von Informationstechnik in der Schule habe das ULD mit [Umdruck 18/1906](#) einen Vorschlag zur Änderung des Schulgesetzes vorgelegt. Die Einführung eines auf Fingerabdrücken basierenden Essenausgabesystems für Schulkinder habe man zwar datenschutzrechtlich zertifiziert, sei aber „nicht schön“ und alternative Lösungen (zum Beispiel Chipkarte) seien vorzuziehen.

Auf Fragen aus dem Ausschuss macht er deutlich, man habe großes Interesse, dass die Schulen und Schulträger im Dialog mit den Anbietern und dem ULD den Betrieb der Schulverwaltungsprogramme datenschutzkompatibel gestalten. Bring-your-own-device-Lösungen seien aus Datenschutz- und Sicherheitsgründen abzulehnen; der private und der dienstliche/schulische Bereich sollten voneinander getrennt sein. Allerdings könne die Nutzung eigener Geräte in gewissem Umfang sinnvoll sein (zum Beispiel beim Recherchieren im Internet) und einen Beitrag zur Erhöhung der Medienkompetenz leisten.

Der Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2013 des ULD, [Drucksache 18/555](#), abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Detektoren an Schulen untersagen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/625](#)

### **Elektronische Schummelei bei Abschlussprüfungen unterbinden**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/645](#)

(überwiesen am 21. März 2013)

hierzu: [Umdrucke 18/1248, 18/1280, 18/1325, 18/1369, 18/1404, 18/1416, 18/1477, 18/1491, 18/1584, 18/1640, 18/1660, 18/1662, 18/1691, 18/1819](#)

Abg. Krumbeck sieht die Position der PIRATEN durch die Ergebnisse der durchgeführten Anhörung bestätigt. Toppunkt komme zu dem Ergebnis, dass der Einsatz von Detektoren nur eine Scheinsicherheit schaffe.

Abg. Franzen macht darauf aufmerksam, dass der Schulleitungsverband, der Philologenverband und die Schulen, die Detektoren einsetzen, den CDU-Antrag unterstützten, den Schulen bei Abschlussprüfungen den Einsatz von technischen Hilfsmitteln zur Feststellung von aktivierten mobilen Endgeräten zu ermöglichen, um Chancengleichheit bei Abschlussprüfungen zu gewährleisten.

Abg. Habersaat sieht die Chancengleichheit verletzt, wenn eine Schule Detektoren einsetze und eine andere nicht. Betrugsversuche könne man nicht gänzlich unterbinden, sondern ihnen nur entgegenwirken, zum Beispiel durch eine intelligente Aufgabenstellung und wirksame Aufsicht. Statt die Schulen technisch aufzurüsten, sollten Bildungsministerium und IQSH sie bei der Gestaltung täuschungsresistenter Prüfungsaufgaben unterstützen. Eine Änderung der schulrechtlichen Grundlagen sei nicht erforderlich.

Abg. Strehlau verweist auf die Kompetenzorientierung in den Abschlussarbeiten. Die komplexen Aufgabenstellungen seien mit technischen Hilfsmitteln nicht ohne Weiteres zu lösen. Sie wirft die Frage auf, inwieweit in Zukunft elektronische Medien bei Arbeiten zugelassen würden.

Auch Abg. Waldinger-Thiering lehnt den Einsatz von Detektoren unter Bezugnahme auf die vorliegenden Stellungnahmen ab.

Abg. Klahn weist darauf hin, dass Detektoren ein probates Mittel zum Aufdecken von Täuschungsversuchen seien. Wenn die Koalition den Einsatz von Detektoren verbieten wolle, müsse sie den Schulen eine andere Hilfestellung anbieten, um zu verhindern, dass sich einige Schülerinnen und Schüler durch die Nutzung technischer Hilfsmittel einen Vorteil verschafften.

Frau Dr. Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft, macht darauf aufmerksam, dass Leistungsüberprüfungen immer stärker kompetenzorientiert seien und elektronische Geräte für das Erbringen von Transferleistungen kaum von Nutzen seien.

Herr Schumacher, Referent im Referat Gymnasien des Bildungsministeriums, argumentiert ebenfalls mit der veränderten Aufgabekultur, bei der nicht mehr Daten abgefragt würden, sondern die Bearbeitung komplexer Zusammenhänge verlangt werde und auch SMS oder Chatten nicht weiterhelfe. Das gelte sowohl für das Abitur als auch für den Mittleren Schulabschluss und den Hauptschulabschluss. Entscheidend sei, das Thema Täuschungsversuch und seine Folgen regelmäßig anzusprechen. Gegen einen flächendeckenden Einsatz von Detektoren habe man auch deswegen Bedenken, weil er zu Störungen während der Prüfung und möglichen Anfechtungen führen könne. Es gebe Bundesländer, zum Beispiel Sachsen, die bei Prüfungen alle Hilfsmittel erlaubten. Auch die Fachdidaktiken stellten Überlegungen in diese Richtung an. Das Ministerium werde sich dieser Entwicklung langfristig nicht verschließen.

Abg. Franzen appelliert an das Bildungsministerium, den Schulen Hilfsmittel an die Hand zu geben, um elektronische Schummelei bei Abschlussprüfungen zu unterbinden.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den PIRATEN-Antrag [Drucksache 18/625](#) anzunehmen und den CDU-Antrag [Drucksache 18/645](#) abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**a) Stellungnahme der Bildungsministerin zum Bericht des Schleswig-Holstein Magazins vom 1. Oktober 2013 „Lehrer-Zeitverträge: Arbeitslos in die Ferien“**

Anträge der Fraktionen von FDP, PIRATEN und CDU  
[Umdrucke 18/1806](#), [18/1807](#), [18/1842](#)

**b) Vorstellung der Planungen im Ministerium, Planstellen vorsorglich zu vergeben, um Engpässen vorzubeugen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
[Umdruck 18/1807](#)

Bericht der Bildungsministerin  
[Umdruck 18/1905](#)

Bildungsministerin Dr. Wende trägt den Bericht [Umdruck 18/1905](#) vor.

Abg. Franzen hält es für selbstverständlich, dass Lehrkräfte bei Beschwerden den Dienstweg einhielten. Sie möchte wissen, ob vor den Sommerferien als Realschullehrerstellen ausgeschriebene Stellen nach den Sommerferien als Hauptschullehrerstellen ausgeschrieben und mit denselben Personen wiederbesetzt worden seien, wie viel Geldmittel nach der Einrichtung der kw-Stellen noch im Vertretungsfonds zur Verfügung stünden und inwieweit aus dem Vertretungsfonds Differenzierungsstunden für die Gemeinschaftsschulen finanziert würden.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erläutert Ministerin Dr. Wende, die Lehrkräfte, die sich direkt an sie gewendet hätten, seien nicht dafür sanktioniert worden, dass sie den Dienstweg nicht eingehalten hätten. Sie wolle an den Schulen und Hochschulen des Landes ein Klima erzeugen, in dem man sich bei Problemen direkt an sie wenden könne. Mit den allen Schularten zugute kommenden kw-Stellen solle die Zahl der befristeten Verträge reduziert und den Lehrkräften Planungssicherheit gegeben werden. Die kw-Stellen würden durch 9 Millionen € Zensusmittel und 6,3 Millionen € aus dem Vertretungsfonds finanziert, der in diesem Jahr auskömmlich sei. Außerdem habe die jetzige Landesregierung 300 Lehrerstellen ins System zurückgegeben. Die Maßnahmen verfolgten das Ziel, die Zahl der befristeten Verträge zu reduzieren und Nachwuchskräfte zu binden.



Herr Stotz, Leiter des Referats Lehrkräfte an schulamtsgebundenen Schulen im Bildungsministerium, weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit haushaltsrechtlich nicht zulässig gewesen sei, frei werdende E-11-Stellen höherwertig zu besetzen. Die von Abg. Franzen geschilderten Fälle seien ihm nicht bekannt. Der Vertretungsfonds sei nur ein Mittel zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, ein weiteres seien jetzt die „mobilen Vertretungslehrkräfte“.

Herr Runde, Referent in der Abteilung Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe im Bildungsministerium, erläutert, dass Differenzierungsstunden nur im Januar 2013, weil der Haushalt 2013 noch nicht verabschiedet gewesen sei, aus dem Vertretungsfonds sozusagen zwischenfinanziert worden seien. Tatsächlich würden die Differenzierungsstunden in vollem Umfang aus dem Lehrpersonalbudget finanziert.

Abg. Franzen setzt sich dafür ein, dass der Anspruch auf eine Ersatzlehrkraft für alle Schularten bereits ab dem ersten Tag zu 100 % gelte. Sie weist darauf hin, dass die zusätzlichen Zensusmittel einmalig zur Verfügung stünden.

Die Vorsitzende begrüßt die von der Ministerin vorgetragene Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der befristeten Verträge, um Nachwuchslehrkräfte auf unbefristeten Stellen zu binden.

Herr Stotz macht darauf aufmerksam, die Empfehlung, eine Vertretung grundsätzlich erst ab drei Wochen zu 50 % zu gewähren, gebe es, um den Vertretungsfonds hinsichtlich seiner Größenordnung bewirtschaften zu können. Zwischen den Systemen Vertretungsfonds und Lehrpersonalbudget würden ständig Ressourcen verschoben.

Abg. Habersaat weist darauf hin, dass man den haushaltspolitisch gebotenen Stellenabbau auf die nächsten Jahre gleichmäßig verteilt habe, um auch nach dem doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2016 neue Lehrkräfte einstellen zu können. Deswegen investiere man 9 Millionen € zusätzlich aus Zensusmitteln in den Schulbereich.

Die Vorsitzende erinnert unter Hinweis auf [Umdruck 18/1605](#) daran, dass die neue Landesregierung weniger Lehrerstellen abbaue, als es die alte Landesregierung geplant habe.

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht der Ministerin [Umdruck 18/1905](#) zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**a) Lehrersituation und Lehrerbedarfsprognose für Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung

[Drucksache 18/1123](#)

**b) Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2012/13**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1023](#)

(überwiesen am 26. September 2013 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Schreiben des Bildungsministeriums zur zukünftigen Berichtsform

[Umdruck 18/1556](#)

Die Vorsitzende kündigt unter Bezugnahme auf [Umdruck 18/1556](#) an, zur zukünftigen Form des Berichts der Landesregierung zur Unterrichtssituation einen Vorschlag zu unterbreiten.

Abg. Habersaat wünscht sich, dass die Regierung in Zukunft in einem Kapitel Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtssituation vorschlage.

Abg. Franzen bezieht sich auf [Drucksache 18/1123](#) Anlage 6 und kritisiert, dass in den letzten drei Jahren keine Sonderpädagogen mit unbefristeten Verträgen beschäftigt worden seien.

Die Vorsitzende bittet das Ministerium um eine Prognose der Anzahl der Hochschulabsolventen für die Schularten des schulamtsgebundenen Bereichs ([Drucksache 18/1123](#) Frage II.11) und eine Übersicht zur unbefristeten Wiederbesetzung von Planstellen/Stellen im Bereich der Förderzentren bei Erreichen der Altersgrenze.

Ministerin Dr. Wende teilt mit, dass von 250 frei gewordenen Stellen bereits 226 Stellen besetzt worden seien. Bei den Sonderpädagogen habe man keine einzige Stelle abgebaut.

Auf eine Frage von Abg. Franzen antwortet Herr Runde, das strukturelle Defizit berechne sich aus der Differenz der nach der Stundentafel zu erteilenden Unterrichtsstunden (plus weiterer Aufgaben) und der Zahl der Lehrerstellen.

Der Ausschuss nimmt die [Drucksachen 18/1123](#) und 18/1023 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**a) Verbesserte Erfassung des Unterrichtsausfalls - mehr Transparenz und Effizienz**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/278](#)

**b) Strategie zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall**

Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/305](#)

(überwiesen am 16. November 2012)

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss, den CDU-Antrag [Drucksache 18/305](#) abzulehnen. Mit Zustimmung der Antragsteller empfiehlt er, den Antrag der Koalitionsfraktionen [Drucksache 18/278](#) für erledigt zu erklären.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht der Bildungsministerin zur Umfrage des Landeselternbeirats und der Landesschülervertretung der Gymnasien zu den Belastungen in G 8 und G 9**

Antrag der Ausschussvorsitzenden  
[Umdruck 18/1821](#)

Abg. Franzen kritisiert, dass die Vorsitzende zu diesem Tagesordnungspunkt ohne Rücksprache mit dem Ausschuss Anzuhörende eingeladen habe.

Herr Dr. Hillemann, Vorsitzender des Landeselternbeirats der Gymnasien, sowie Herr Johnsen und Herr Heesch, Sprecher der Landesschülervertretung der Gymnasien, stellen die Ergebnisse der durchgeführten Umfrage vor, die sie als ein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion verstanden wissen wollen. In den Auswirkungen von G 8 und G 9 bestünden keine großen Unterschiede. Eine Reduzierung der Freizeitaktivitäten sei nicht maßgeblich auf die Schulzeitverkürzung zurückzuführen. Vielmehr seien unabhängig von der Frage G 8/G 9 bundesweit zunehmend schulbedingte gesundheitliche Einschränkungen festzustellen. Statt über eine Rückkehr zu G 9 nachzudenken, solle man alle Kräfte für eine Verbesserung von G 8 und Schule insgesamt einsetzen.

Ministerin Dr. Wende schließt sich den Ausführungen des Landeselternbeirats und der Landesschülervertretung der Gymnasien an, [Umdruck 18/1903](#).

Der Ausschuss folgt der Anregung von Abg. Habersaat, zum Thema Gesundheit von Schülerinnen und Schülern Anfang nächsten Jahres ein Gespräch mit der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Schleswig-Holstein e.V. und dem IQSH zu führen.

Abg. Krumbeck erkundigt sich nach dem Stand der Anpassung der Lehrpläne an die Verkürzung der Schulzeit.

Ministerin Dr. Wende äußert, man hoffe, mit der Überarbeitung der Fachanforderungen zügig weiterzukommen. Die Zunahme gesundheitlicher Belastungen sei nicht nur ein schulisches, sondern ein gesellschaftliches Problem.

Herr Dr. Hillemann macht darauf aufmerksam, dass die Fachanforderungen nicht nur überarbeitet, sondern die Änderungen von allen Lehrkräften auch tatsächlich umgesetzt werden müssten.

Nach Auffassung von Herrn Johnsen wäre eine frühe Anpassung der Lehrpläne zwar wünschenswert gewesen, lohnenswert seien allerdings Änderungen in der Struktur des Schulalltags (Rhythmisierung, Doppelstundenprinzip).

Ministerin Dr. Wende verweist in diesem Zusammenhang auf die Broschüre „G 8 - gut gemacht“. Ziel sei es, dass die Schulen ihre qualitative Weiterentwicklung vorantrieben und voneinander lernten.

Abg. Franzen weist darauf hin, dass neben der Schule auch andere Faktoren zu Belastungssituationen führten. Auch sie thematisiert die Rolle der damals bewusst offen angelegten Lehrpläne, die an die Bildungsstandards der KMK angepasst werden müssten.

Abg. Strehlau erwartet vom Bildungsministerium, dass die Lehrkräfte bei der Umsetzung der neuen Fachanforderungen stärker unterstützt würden.

Ministerin Dr. Wende sieht einen Widerspruch darin, die Stressbelastungen an den Schulen zu beklagen (Studie der Techniker Krankenkasse) und gleichzeitig bessere Leistungen der schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler zu verlangen (IQB-Ländervergleich). Sie ruft zu mehr Gelassenheit auf. In Schleswig-Holstein gebe es mit den Gymnasien und Gemeinschaftsschulen zwei gleichwertige, starke Schularten und verschiedene Wege zum Abitur und auch andere erfolgreiche Bildungsbiografien.

Herr Dr. Hillemann unterstützt den Appell der Ministerin und kritisiert das Verhalten von Eltern, ihre Kinder unbedingt auf ein Gymnasium schicken zu wollen. Der Bundeselternrat habe das Thema gesunde Schule auf die Agenda gesetzt.

Nach Meinung von Herrn Johnsen darf der Leistungsdruck nicht dazu führen, dass Schülerinnen und Schüler trotz Krankheit zur Schule gingen, um ja keinen Stoff zu verpassen.

Abg. Strehlau weist darauf hin, dass nach den Ergebnissen des IQB-Ländervergleichs weder die Zahl der Unterrichtsstunden noch die Klassenfrequenz, sondern die Qualität des Unterrichts entscheidend sei.

Ministerin Dr. Wende verweist auf das erfolgreiche Abschneiden der neuen Bundesländer, in denen G 8 nicht hinterfragt werde.

Der Ausschuss bedankt sich beim Landeselternbeirat und der Landesschülervertretung der Gymnasien für die Durchführung der Umfrage.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Blockadepolitik im Bundesrat beenden**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1044](#)

(überwiesen am 23. August 2013)

Abg. Habersaat und Strehlau sprechen sich dafür aus, die Beschlussfassung über den Antrag aus strategischen Gründen zurückzustellen. Es sei ein falsches Signal, zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Mitfinanzierung des Bundes im Hochschulbereich zu fordern, wenn man sich doch fraktionsübergreifend einig sei, das Kooperationsverbot auch im Schulbereich lockern zu wollen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den CDU-Antrag [Drucksache 18/1044](#) abzulehnen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1145](#)

(überwiesen am 25. September 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den **Bildungsausschuss** und den **Sozialausschuss**)

Der Ausschuss schließt sich der schriftlichen Anhörung des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an.



Punkt 9 der Tagesordnung:

**Bericht der Bildungsministerin zur Neustrukturierung der Lehrerbildung  
in Schleswig-Holstein**

Berichts Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1842](#)

Wissenschaftsministerin Dr. Wende trägt den Bericht zur Neustrukturierung der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein vor. Auf eine Frage von Abg. Günther erwidert sie, die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Gemeinschaftsschullehramt an der Universität Flensburg gehe auf einen Wunsch der Uni Flensburg zurück. Aufgrund fehlender Ressourcen könne in Flensburg nur ein Teil der Fächer, zum Beispiel Mathematik, für den Sekundarbereich II studiert werden, während die nachgefragten Naturwissenschaften nur für die Sekundarstufe I studiert werden könnten.

Abg. Krumbeck bittet das Ministerium, den Bericht in schriftlicher Form vorzulegen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Bericht des Kulturministeriums über die aktuellen Planungen der Landesregierung zur Zukunft des Denkmalschutzes in Schleswig-Holstein**

Berichts Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/1830](#)

Herr Dr. Schmidt-Elsaëber, Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, trägt vor, zunächst habe man mit den Unteren Denkmalschutzbehörden einen Runden Tisch veranstaltet und dann vier Regionalkonferenzen durchgeführt. In Schleswig-Holstein gebe es landesweit gut 9.000 eingetragene Denkmale und rund 16.000 einfache Denkmale, von denen circa 4.000 zur Eintragung vorgesehen seien, was mangels Personals bisher nicht geschehen sei. Um das Vollzugsdefizit abzubauen, wolle man jetzt mit einer Schnellerfassung beginnen. Dafür wolle man für zwei Jahre sieben Stellen einrichten (neben einer Stelle drei Teams bestehend aus einer Leitung und je zwei halben Stellen für wissenschaftliche Hilfskräfte verteilt auf die Kreise), die die Denkmale erfassen beziehungsweise die Listen aktualisierten. Ziel sei die Umstellung vom bisher praktizierten aufwendigen Bescheidverfahren auf ein Listenverfahren. Das Kulturministerium habe die zusätzlichen Kosten für die Nachschiebeliste angemeldet (250.000 € für zeitlich befristete Kräfte, 60.000 € für die Nachbesetzung der derzeit freien Inventarisationsstelle, Sachkosten, Kosten für ein weiteres Fahrzeug).

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht von Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaëber zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Bericht des Kulturministeriums zum immateriellen Weltkulturerbe**

[Umdruck 18/1889](#)

Frau Bieler-Seelhoff, Leiterin der Kulturabteilung im Kulturministerium, teilt auf eine Frage von Abg. Franzen mit, die Niederdeutschen Bühnenbünde der norddeutschen Länder und die Friesen wollten bis Ende November einen Antrag für eine Anmeldung zum immateriellen Kulturerbe stellen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Kulturministeriums [Umdruck 18/1889](#) zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Nächste Sitzungstermine:

- |                                |  |
|--------------------------------|--|
| 7. November, 10 bis 13 Uhr:    | Haushalt Bildungsministerium   |
| 13. November, 14 Uhr:          | reguläre Ausschusssitzung  |
| 14. November, 9:30 bis 14 Uhr: | Besuch Familienzentren in Lübeck   |
| 28. November, 10 bis 18 Uhr:   | Anhörung Schulgesetz   |
| 5. Dezember, 14 Uhr:           | Thema Ferienbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, Beratung mit dem Landesbeauftragtem im Sozialausschuss (Einladung nachrichtlich an die Bildungsausschussmitglieder, interner <a href="#">Umdruck 18/1669</a> ) |
| 5. Juni 2014:                  | Ausschusssitzung muss entfallen wegen SPD-Fraktionsreise   |

Die Ausschussvorsitzende wird zusätzliche Termine 2014 vorschlagen.

Sie schließt die Sitzung um 17:15 Uhr.

gez. Anke Erdmann

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer